



DR. MATHIAS MIDDELBERG, MdB
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen

CDU

| Berlin: mittendrin |

16. Dezember 2022

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

Warntag für den Finanzminister



Wir haben beim Bundesverfassungsgericht gegen die Haushaltspolitik der Ampel geklagt, weil sie nicht ehrlich ist. Der Bundesfinanzminister behauptet zwar, er halte die Schuldenbremse des Grundgesetzes ein. Tatsächlich erfindet er immer neue Umgehungsmanöver, damit die Aushö-

lung der Schuldenbremse nicht auffällt. Kreditermächtigungen aus Vorjahren werden übertragen, immer neue Sondervermögen mit riesigen Fantasie-Beträgen werden als „Doppel-Wumms“ eingerichtet. Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt zwar einen Eilantrag unserer Fraktion gegen die Umwidmung von Kreditermächtigungen für die Bekämpfung der Corona-Pandemie in Klimagelder abgelehnt, das Hauptsacheverfahren aber bleibt offen. **Schon der Bundesrechnungshof hatte moniert, die Haushaltspolitik des Finanzministers „kollidiert (...) mit dem Verfassungsgrundsatz der Jährlichkeit.“ Eine „schuldenregelkonforme Kreditaufnahme“ dürfe „nur jahresbezogen“ erfolgen. Sondervermögen mit eigenen Kreditermächtigungen bergen die Gefahr des Missbrauchs in sich, weil sie dazu genutzt werden könnten, die Schuldenregel des Grundgesetzes zu umgehen.** Der grüne Finanzminister aus Baden-Württemberg, Daniel Bayaz, sagt es noch einfacher: „Der Bundesfinanzminister will die Schuldenbremse auf dem Papier einhalten und hat dafür einen Sondertopf aufgefüllt.“ **Wir sind dem Bundesverfassungsgericht dankbar, dass es bereits jetzt sehr kritische Fragen zur Hauptsache und damit zur Verfassungsmäßigkeit der Haushaltspolitik der „Ampel“ formuliert hat – ein Warntag für den Finanzminister. Dem Urteil in der Hauptsache sehen wir deshalb zuversichtlich entgegen.**

Fotoshooting für den Vorstand unserer Fraktion



Fotoshooting für die CDU/CSU-Fraktion

Presse

22. November 2022

DER TAGESSPIEGEL

Verschuldung auf Vorrat Ist Christian Lindner ein Trickser? Die Union knöpft sich in der Haushaltsdebatte den Finanzminister vor

BERLIN - Es sind harte Vorwürfe, die sich der Bundesfinanzminister zum Auftakt der Haushaltswoche im Bundestag am Dienstag im Plenum anhören muss. „Rekordschuldenmacher“ – so nennt ihn der CDU/CSU-Fraktionsvize Mathias Middelberg. „Genauer gesagt: Rekordschuldenbevorrater.“ Und dann noch: „Schuldenbremsenumgehungsminister.“

In diese Ecke will die Union Lindner drängen. Er soll als einer erscheinen, der falsch spielt. Er habe „alle denkbaren Methoden angewendet, um die Schuldenbremse zu umgehen“, wirft Middelberg dem FDP-Chef vor. Um so ein Kernversprechen seiner Partei einhalten zu können: Dass die Schuldenbremse nach drei Haushaltsjahren, in denen die Notlagenklausel genutzt wurde, wieder ohne Ausnahme gilt. Dieses „Credo der FDP“, so Middelberg, werde aber nicht umgesetzt, „tatsächlich machen Sie das Gegenteil“.

(...)
Den Abwehrschirm gegen die Energiepreisexplosion, bekannt als „Doppelwumms“, spannt die Ampel ebenfalls mit Hilfe eines Nebenhaushaltes auf. Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) darf neue Schulden bis zu 200 Milliarden Euro aufnehmen – und muss das formal schon in diesem Jahr tun, sonst würde die Kreditaufnahme mit dem Wiedereinhalten der Schuldenbremse 2023 kollidieren. Fügt man dieser Verschuldung über Sondervermögen – zusammen 360 Milliarden Euro – die 140 Milliarden Euro hinzu, die im laufenden Jahr eingepflanzt sind, landet man bei 500 Milliarden Euro. Noch nie habe ein Finanzminister binnen eines Jahres eine solche Rekordverschuldung auf den Weg gebracht, stellt Middelberg fest. 2023 ist eine Neuverschuldung von gut 45 Milliarden Euro vorgesehen. Das erlaubt die Schuldenbremse wegen der absehbar schwächeren Konjunktur. Die Bundesschuld geht damit in Richtung zwei Billionen Euro.

Die Union kritisiert diese Summen gar nicht so sehr. Sie weiß auch, wie sie entstehen. Sie rügt das Vorgehen. Die Finanzierung der Krisenmaßnahmen werde in Sondervermögen ausgelagert, um mit dem eigentlichen Etat – sozusagen im Normalitätsmodus – Vorhaben der Ampel voranzubringen. Der Etat 2023 sei „nicht ehrlich“, sagt Middelberg, und er sei auch nicht nachhaltig, weil Lindner zu wenig Vorsorge für spätere Jahre treffe.

Was entgegnet der Finanzminister? Er widerspricht nicht grundsätzlich. Die Opposition habe schon auch einige Argumente. Aber angesichts großer wirtschaftlicher Unsicherheit und nach einer „Abwägung der Pros und Cons“ hält Lindner das Vorgehen der Ampel für richtig. Die Trennung – Krisenausgaben in Sondervermögen, Ampel-Programm im regulären Etat – dient nach seinen Worten auch der Transparenz. Es sei ja noch unklar, wie sich die Kosten der Maßnahmen im kommenden Jahr entwickeln würden.

Staatsbürgerschaft

Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft sollte der Abschluss einer erfolgreichen Integration sein. Frau Faeser will es nach dem vorgelegten Referentenentwurf genau umgekehrt. **So soll auf Sprach- und Integrationsnachweise künftig verzichtet werden. Mehrfache Staatsangehörigkeiten sollen die Regel werden.** Hier geborene Kinder sollen schon dann automatisch Staatsbürger werden, wenn ihre Eltern nur einen „berechtigten“ Aufenthalt haben. Jedes Kind anerkannter Flüchtlinge wäre dann Deutscher, auch wenn die Eltern hier gar nicht arbeiten, sondern von Sozialleistungen leben und kein Wort Deutsch sprechen. **Schafft das wirklich Gemeinschaft?**



(...)

Die Schuldenaufnahme der Ampel wird die Bundeshaushalte auf Jahrzehnte hinaus belasten. Wegen der Zinswende muss Lindner schon 2023 mit fast 40 Milliarden Euro Zinslast kalkulieren – eine Verzehnfachung im Vergleich mit dem letzten „Nullzinsetat“ 2021. Bei zwei Billionen Bundesverschuldung wird sich diese Summe in späteren Jahren wohl noch deutlich erhöhen. Und weil die Schuldenregel im Grundgesetz Tilgungspflichten vorsieht, muss der Bund von 2028 an – gestreckt über mehr als dreißig Jahre – Kredite zurückzahlen. Üblicherweise tut er das nicht oder nur in geringem Umfang – Altschulden werden fortlaufend durch neue Kredite abgelöst. Mindestens zwölf Milliarden Euro werden künftige Finanzminister dafür jährlich aufzuwenden haben. ALBERT FUNK

Reden Bundestag

22. November 2022



Eröffnungsrede der Haushaltsberatungen 2023. Bundesfinanzminister Christian Lindner beschwört die Einhaltung der Schuldenbremse. Tatsächlich legt er jetzt riesige Schuldenberge auf Vorrat an, um dann nächstes Jahr so tun zu können als halte er die Schuldenbremse ein. So was nennt man „fake“! Abruflbar unter: <https://dbtg.tv/cvid/7548239>

23. November 2022



Die Tagesschau fasst die Haushaltsdebatte zusammen. Abruflbar unter: <https://bit.ly/3Yi6Xia>

Kontakt

Büro in Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 227 – 71382
Fax: 030 227 – 76882
matthias.middelberg@bundestag.de

Büro im Wahlkreis

Heger-Tor-Wall 23, 49078 Osnabrück
Tel.: 0541 57067
Fax: 0541 957999
matthias.middelberg.wk@bundestag.de
www.mathias-middelberg.de

facebook.com/mathias.middelberg



Weihnachtsmarkt

Wahlkampf macht man nicht allein. Ohne engagierte Helfer und Unterstützer geht es nicht. Deshalb habe ich meinen engsten Helferkreis aus dem Bundestagswahlkampf 2021 auf den Osnabrücker Weihnachtsmarkt - der endlich wieder stattfindet - eingeladen. Danke noch einmal für den super Einsatz!

Besuch in Berlin

Auch im Dezember folgten 36 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Georgsmarienhütte, Osnabrück und Wallenhorst meiner Einladung nach Berlin. Herzlichen Dank für Ihren / Euren Besuch!



Ihnen und Euch besinnliche Weihnachtstage und alles Gute für 2023!